

Pestizide weltweit und hochgefährlich

Der Handel mit hochgefährlichen Pestiziden gefährdet Menschen und ihre Lebensgrundlagen

Hochgefährliche Pestizide schaden Mensch und Natur. Basierend auf den letzten offiziellen Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) muss von heute schätzungsweise mindestens 41 Millionen jährlichen Pestizidvergiftungen weltweit ausgegangen werden. Wie viele davon tödlich enden, was es bedeutet, in einer pestizidbelasteten Umwelt aufzuwachsen und wie viele Menschen an Langzeitfolgen wie Krebs, Fruchtbarkeitsstörungen, neurologische Erkrankungen und Hormonstörungen leiden oder daran sterben ist nicht oder nur lückenhaft dokumentiert.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) verweist hinsichtlich der Pestizidbelastung auf die besondere Gefährdungslage für Kinder und schwangere und stillende Arbeitnehmerinnen. Vor allem in Ländern des globalen Südens, unter Armutbedingungen, bei mangelnder Ausbildung, fehlender Schutzausrüstung und schwacher Durchsetzung bestehender Pestizidgesetze, führt insbesondere der Einsatz hochgefährlicher Pestizide zu Vergiftungen und Menschenrechtsverletzungen. Wie dramatisch die Situation für die Menschen vor Ort sein kann, dokumentieren Studien aus zahlreichen Ländern, darunter auch Brasilien. Und auch wenn viele der Länder weit weg erscheinen: Durch den Export hochgefährlicher Pestizide und die Ausfuhr in der EU und in Deutschland längst verbotener Pestizide, sind Staaten wie Deutschland mit einer mächtigen Pestizidwirtschaft für die Folgen dieses Pestizidhandels in den Importländern in Afrika, Asien und Latein- und Südamerika mitverantwortlich.

Pestizide sind entwickelt worden, um Schadorganismen oder Konkurrenzpflanzen zu schädigen oder abzutöten. Sie sind die einzigen giftigen Chemikalien, die in großer Menge absichtlich in die Umwelt freigesetzt werden. Die Folgen dieser Freisetzung sind seit Jahrzehnten bekannt. Sie zeigen sich in der verbreiteten Kontamination natürlicher Ressourcen wie Böden und Gewässern, im Rückgang der Artenvielfalt, in den Pestizidrückständen in Lebensmitteln und Trinkwasser sowie in den akuten und chronischen Vergiftungen von Kinder, Frauen und Männern, allen voran Bäuer*innen, Landarbeiter*innen und Gemeinschaften ländlicher Gebiete in Ländern des globalen Südens. Die sogenannten hochgefährlichen Pestizide (englisch highly hazardous pesticides HHPs) spielen dabei eine unrühmliche, herausragende Rolle.

Besonders gefährdet sind Menschen im globalen Süden

Als „hochgefährlich“ gelten nach den gemeinsamen Kriterien der Welternährungsorganisation (WHO) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) solche Pestizide, die akut sehr giftig sind, gesundheitliche Langzeiteffekte wie Krebs und Geburtsschäden verursachen oder für die Umwelt besonders schädlich sind.¹ Sie verursachen in großem Umfang Vergiftungen und Leid – insbesondere, aber nicht nur – in Ländern des globalen Südens. Obgleich in Entwicklungsländern nur 25% der Pestizid-Weltproduktion stattfindet, ereignen sich hier die meisten Pestizidvergiftungen und 99% der pestizidbedingten Todesfälle. Jüngste Befragungen in sieben asiatischen Ländern durch FAO,



Foto: Fernando Romirez, RAPAL

Das Sprühen gefährlicher Pestizide ohne Schutzausrüstung ist Alltag für Millionen von Kleinbäuer*innen auf der Welt.

PAN Asien und Pazifik und der Hanoi National University zeigen, dass dort 70% Prozent der Pestizidanwender*innen in ländlichen Gebieten unter akuten Pestizidvergiftungen leiden.ⁱ Zu den dokumentierten Vergiftungen kam es u.a. durch HHPs wie Paraquat, lambda-Cyhalothrin, Chlorpyrifos und Glyphosat. Auch in den Industriestaaten kommt es zu akuten Vergiftungen und chronische Erkrankungen durch Pestizide. Zu den akuten Pestizid-Vergiftungen zählen Müdigkeit, Kopf- und Gliederschmerzen, Hautausschlag, Schwindel, Übelkeit, Erbrechen, Sehstörungen, Zittern, Krämpfe etc. sowie in schweren Fällen Koma und Tod. Pestizide können zudem chronische Erkrankungen verursachen wie Prostata-, Bauchspeicheldrüsen-, Brust-, Hoden- und Darmkrebs, neurologische Schäden und Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit. Unterschiedliche Initiativen zur Vermeidung von Pestizid-Vergiftungen, beispielsweise durch strengere Zulassung, bessere Anwendungstechnik und Schulung der Anwender, wurden in den vergangenen Jahrzehnten von Regierungen, Hilfsorganisationen und der Pestizid-Industrie umgesetzt. Doch diese Maßnahmen reichen offenkundig nicht aus, denn nach wie vor ist es der Weltgemeinschaft nicht gelungen, das globale Ausmaß der Pestizidvergiftungen zu reduzieren.

1 FAO/WHO (2016): International Code of Conduct on Pesticide Management Guidelines on Highly Hazardous Pesticides.

Hochgefährliche Pestizide sind nicht ausreichend reguliert.

Nach FAO/WHO sind Pestizide dann „hochgefährlich“, wenn sie ein besonders hohes Potenzial haben, akute oder chronische Gefahren für Gesundheit und Umwelt mit sich zu bringen. So zählen Pestizide dazu, die beispielsweise akut sehr giftig sind, das Hormonsystem schädigen, Krebsierend oder hoch umweltgefährlich sind. Auskunft darüber, auf welche Pestizide das zutrifft, gibt die PAN International List of Highly Hazardous Pesticides. Die Liste basiert auf den FAO/WHO-Kriterien und konkretisiert bzw. erweitert diese.¹ Derzeit sind dort 310 Pestizidwirkstoffe als hochgefährlich aufgeführt. Nur 34 dieser HHPs werden bislang über internationale Konventionen, wie das Stockholmer Übereinkommen (POP-Konvention)) völkerrechtlich bindend verboten oder über das Rotterdamer Übereinkommen (PIC-Konvention im Handel zumindest beschränkt. Für das Gros der Pestizide, HHPs eingeschlossen, gelten somit lediglich freiwillige internationale Vereinbarungen, wie der Pestizid-Verhaltenskodex der FAO oder die internationale Rahmenvereinbarung für ein nachhaltiges Chemikalienmanagement SAICM. SAICM hat HHPs zwar als globales Problem identifiziert und die Förderung von Alternativen gefordert, bislang blieben unter SAICM notwendige Schritte hin zu einem besseren Schutz vor HHPs jedoch aus. PAN fordert daher in der gegenwärtigen Diskussion um die Fortschreibung von SAICM klarere Zielvorgaben und ambitioniertere Maßnahmen im Engagement gegen HHPs und zur Förderung agrarökologischer Alternativen.²



Foto: Fernando Ramirez, RAPAL

Weggeworfene Pestizidverpackungen verschärfen die Gewässerkontamination.

Von Deutschland in die Welt – Geschäfte mit hochgefährlichen und bei uns verbotenen Pestiziden

Wir wissen, dass es durch die Anwendung von Pestiziden unter Armutsbedingungen besonders häufig zu schwerwiegenden Vergiftungen kommt. Ebenfalls bekannt ist, dass in vielen Ländern der Welt Pestizide ungeschützt und per Hand mit Rückenspritzen ausgebracht oder aber in den großen Plantagen von Flugzeugen breitflächig versprüht werden und die Menschen, die zwischen den Feldern leben, dem Sprühnebel nicht entgehen können. Und es ist auch bekannt, dass die vermeintlich leeren Pestizid-Verpackungen wegen fehlender Rücknahmesysteme vielerorts in die Natur entsorgt werden, wo sie Böden und Gewässer verunreinigen. Dennoch ist es gängige Praxis, dass Regionen und Länder wie die EU und Deutschland hochgefährliche Pestizide in Drittländer exportieren, die aufgrund ihrer umwelt- oder gesundheitsgefährlichen Eigenschaften verboten sind. Auch Firmen aus Deutschland sind an diesem Handel beteiligt. PAN Germany zeigte in seinem 2019 veröffentlichten Report *Giftige Exporte*, dass von den insgesamt 233 im Jahr 2017 aus Deutschland ausgeführten Pestiziden 62 hochgefährlich nach den Kriterien der PAN HHP-Liste³ sind. 21 der exportierten Wirkstoffe waren zum Zeitpunkt der Recherche

in Deutschland nicht in Mitteln zugelassen, neun Wirkstoffe hatten keine EU-Genehmigung.⁴ So wurden beispielsweise bis zu 10.000 Tonnen des Wachstumsregulator Cyanamid ausgeführt, der wegen seiner schädlichen Gesundheitswirkung insbesondere auf Anwender*innen in der EU bereits seit 2008 verboten ist. Der Wirkstoff ist giftig beim Verschlucken, gesundheitsschädlich bei Hautkontakt und verursacht Hautreizungen. Er kann schwere Augenschäden und allergische Hautreaktionen hervorrufen. Unter Einwirkung von Cyanamid kann es zu Erbrechen, Atemnot, Blutdruckabfall und Herzrasen kommen. Der Wirkstoff hatte vor seinem Verbot in der EU wiederholt Vergiftungen bei Anwender*innen in Italien verursacht hatte. Dass solche Pestizide, die bei uns aufgrund ihrer Gefährlichkeit für Mensch und Natur längst vom Markt genommen von Unternehmen in Deutschland produziert und in Drittländer ausgeführt werden dürfen, ist in den Augen von PAN untragbar. Mit dieser Meinung steht PAN nicht alleine. Die zivilgesellschaftliche Kritik an diesen Doppelstandards im Pestizidhandel nimmt zu. Und erste Staaten handeln: So hat Frankreich 2019 ein Gesetz verabschiedet, das ab 2022 die Produktion, Lagerung und Ausfuhr solcher Pestizide verbietet, die aus Gesundheits- oder Umweltgründen in der EU verboten sind.⁵

Pestizide im Kreislauf von Pestizid-Export und Lebensmittel-Import – Das Beispiel Brasilien

Einen Teil der in der EU verbotenen Substanzen bekommen wir als Rückstände in Tee und Kaffee, Zitrusfrüchten und anderen Lebensmitteln zurück auf den Tisch. Für Weintrauben aus Brasilien beispielsweise, ist Deutschland der zweitgrößte Importeur in der EU. Mit den Trauben, dem Saft und dem Wein importieren wir auch Rückstände von Wirkstoffen, die bei uns längst verboten sind, darunter auch das von Deutschland aus exportierte Cyanamid. Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und toxische Substanzen sprach hinsichtlich dieses Pestizid-Kreislaufs von einem „Transfer von umweltverschmutzenden Industrien und gefährlichen Arbeiten“ und bezeichnete dies als Ausbeutung.⁶ Ein Blick auf Brasilien verdeutlicht, was dieser Pestizidtransfer, der massive Pestizideinsatz insbesondere in den für den Export angebauten Kulturen Soja, Mais und Zucker sowie die laschen Höchstmengen für Pestizidrückstände in Lebensmitteln und Trinkwasser für die

2 Haffmans, S. (2019): Hochgefährliche Pestizide im Fokus von SAICM. In: Forum Umwelt & Entwicklung Rundbrief 4/2019. S. 10-11. https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/12/FORUM_rundbrief419_web20191218.pdf

3 PAN International List of Highly Hazardous Pesticides, March 2019, <https://pan-germany.org/download/pan-international>

4 PAN Germany (2019): Giftige Exporte. Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide von Deutschland in die Welt. <https://pan-germany.org/download/giftige-exporte-ausfuhr-hochgefahrllicher-pestizide-von-deutschland-in-die-welt/>

5 EGALim N°2018-938

6 SAICM (2019): Report of the Special Rapporteur on the implications for human rights of the environmentally sound management and disposal of hazardous substances and wastes. SAICM/OEWG.3/INF/23

Menschen und ihre Umwelt bedeuten. Einen umfassenden Einblick gewährt die Arbeit von Larissa Mies Bombardi von der Universität Sao Paulo.⁷ Kartographisch unterlegt dokumentiert die Studie die Schattenseite des Pestizideinsatzes: Von der regionalen Verteilung der Pestizidvergiftungen, über die besondere Betroffenheit von Kindern bis hin zu Pestizidrückständen in Gewässern und Produkten, die in die EU exportiert werden. Brasilien verwendet 20% aller Pestizide weltweit. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 25% mehr Pestizide angewendet.⁸ Das brasilianische Gesundheitsministerium meldete 15.018 Fälle von Pestizidvergiftungen in 2018, geht aber von einer tatsächlich viel höheren Zahl aus. Während die Anbaufläche von Soja, Mais und Eukalyptus stetig steigt, nimmt die Fläche für die Kulturen, die die Menschen ernähren wie Bohnen, Reis, Weizen und Maniok stetig ab. Mehr als 75% aller Pestizide werden in den Exportkulturen Soja, Zuckerrohr, Mais und Baumwolle angewendet. Von den 2016 Top 10 der eingesetzten Pestizide waren sieben hochgefährlich nach der PAN-Liste: Glyphosat, Acephat, Chlorpyrifos, Atrazin, Mancozeb, Methomyl und Diuron. Mancozeb ist in der EU nicht genehmigt. Die US-amerikanische Zulassungsbehörde EPA stuft den Wirkstoff als wahrscheinlich krebserregend ein. Die Herbizide Atrazin und Diuron sind stark gewässergefährdend. In Deutschland führte die Kontamination mit Atrazin zu zahlreichen Brunnenschließungen. Seit knapp 20 Jahren darf der Wirkstoff daher in der EU nicht mehr angewendet werden. In Brasilien sind Diuron-Rückstände im Trinkwasser erlaubt, die 900fach über dem EU Grenzwert liegen. Chlorpyrifos ist neurotoxisch und schädigt insbesondere die Hirnentwicklung von Kindern. Im Dezember 2019 entschied die EU gegen eine Wiedergenehmigung des gefährlichen Wirkstoffs.

Verletzung von Menschenrechten, Gefährdung der Gesundheit und Vergiftung der Umwelt

Hilal Elver, die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung stellte in Ihrem Bericht 2017 klar, dass gefährliche Pestizide katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt, die menschliche Gesundheit und Gesellschaften haben und dass für bestimmte Gruppen ein erhöhtes Risiko für Menschenrechtsverletzungen vorläge. Wie richtig sie damit liegt, verdeutlichte im August 2019 das Urteil des UN-Menschenrechtsausschusses. Er machte Paraguay für Menschenrechtsverletzungen durch das großflächige Besprühen von Sojafeldern mit Pestiziden verantwortlich. Hierdurch, so der Menschenrechtsausschuss, erlitt die Bevölkerung, einschließlich dort lebender Kinder, Vergiftungen. Die Wasserressourcen und Grundwasserleiter wurden derart verunreinigt, dass sie nicht mehr genutzt werden konnten, Böden und Lebensmittel wurden erheblich kontaminiert und es kam zum Verlust von Obstbäumen und zu Ernteaussfällen.ⁱⁱⁱ

Agrarökologie als Weg aus der Krise

Da eine „sichere Anwendung“ hochgefährlicher Pestizide nicht gewährleistet werden kann, empfahl der Rat der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) bereits 2006 ein fortschreitendes Verbot hochgefährlicher Pestizide (FAO 2006). Diese Forderung nach einem schrittweisen Verbot von HHPs hat PAN International in einem Aufruf aufgegriffen, der bis heute



Foto: Javier Souza Casadinho, RAP-AL

Ein Bauer zeigt seine agrarökologisch angebaute Maniok (Cassava).

von mehr als 560 Organisationen aus über 100 Nationen und Hunderten von Einzelpersonen weltweit unterstützt wird und dem sich laufend weitere Organisationen anschließen.⁹ Ziel ist es nicht ein Pestizid durch ein anderes auszutauschen, sondern das landwirtschaftliche System so zu gestalten, dass es im besten Fall ohne synthetische Pestizide auskommt. Dies erfordert die Aneignung neuen Wissens und das Erlernen neuer Fähigkeiten, oft muss das Spektrum an angebauten Kulturfrüchten erweitert werden und ggf. neue Absatzmöglichkeiten beispielsweise für Zwischenfrüchte gefunden werden. Aber auch Erfahrungen und überliefertes Wissen spielen bei der Umsetzung von Agrarökologie eine bedeutende Rolle. Dass es ohne HHPs geht, gute Ernten zu erzielen und die Bevölkerung gut und selbstbestimmt zu ernähren, beweisen Tausende von Kleinbauern und Bäuerinnen in allen Teilen der Erde. Auch in Brasilien gibt es eine starke agrarökologische Bewegung, über die die letzte Ausgabe des Agrar Info ausführlich berichtete.¹⁰ Es ist wichtig, diese Bewegungen zu unterstützen, damit zukünftigen Generationen eine Lebensgrundlage gesichert wird.

Susan Haffmans ist Referentin beim Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) und Mitglied im Leitungsgremium von PAN International.

Zum Weiterlesen:

- **Giftige Exporte. Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide von Deutschland in die Welt.** PAN Germany 2019. 20 Seiten. <https://pan-germany.org/download/giftige-exporte-ausfuhr-hochgefaehrlicher-pestizide-von-deutschland-in-die-welt/>
- **PAN Positionspapier Agrarökologie.** PAN International 2019. (in fünf Sprachen verfügbar) <https://pan-germany.org/download/pan-positions-papier-agrar-oe-kologie-deu/>
- **PAN Liste der hochgefährlichen Pestizide 2019.** <https://pan-germany.org/download/pan-international-list-of-highly-hazardous-pesticides/>

7 Bombardi, L.M. (2019): A geography of agrottoxins use in Brazil and its relations to the European Union. FFLCH-USP.

8 Andrioli, A.I. (2020): Brasilien und das Ende der Nachhaltigkeit. Vortrag in Hamburg am 10.2.2020.

9 PAN International (2019): Aufruf für ein Verbot hochgefährlicher Pestizide. Stand 07.01.2019 <http://pan-international.org/wp-content/uploads/HHP-Appeal-with-signatures-de.pdf>

10 Agrarkoordination, Agrar Info November/Dezember 2019

i PAN Asia Pacific (2018): Of Rights and Poisons: Accountability of the Agrochemical Industry. Penang.

<https://panap.net/2018/10/of-rights-and-poisons-accountability-of-the-agrochemical-industry/>

ii FAO/WHO (2016): International Code of Conduct on Pesticide Management. Guidelines on Highly Hazardous Pesticides. Rom/Genf. <http://www.fao.org/3/a-i5566e.pdf>

iii UN Human Rights (2019): Paraguay responsible for human rights violations in context of massive agrochemical fumigations. Pressemitteilung vom 14 August 2019

<https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24890&LangID=E>

Absatz an Pflanzenschutzmitteln in 2018 deutlich gesunken

Das zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gehörende Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat seinen Jahresbericht zum Absatz an Pflanzenschutzmitteln 2018 vorgelegt. Daraus geht hervor, dass die Menge an verkauften Pflanzenschutzmitteln im Inland im Vergleich zum Jahr 2017 um etwa 9 Prozent gesunken ist. Verkauft wurden rund 105.000 Tonnen Produkt, was 45.000 Tonnen Wirkstoff entspricht. Der Absatzrückgang ist maßgeblich auf die geringere Nachfrage nach Herbiziden (Rückgang um 11 Prozent) sowie Fungiziden (Rückgang um 12 Prozent) zurückzuführen. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die trockene Wetterlage in 2018, aber auch durch die hohe Sensibilität der Landwirte hinsichtlich der Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln.

Hervorzuheben ist insbesondere der Rückgang bei Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat - im Bericht unter Anlage 1 „Organophosphor-Herbizide“ abgebildet. Der auf den Wirkstoff zurückgerechnete Absatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr von rund 4.700 Tonnen auf etwa 3.450 Tonnen reduziert, was einem Minus von 26,5 Prozent entspricht. Maßgeblich für den deutlichen Rückgang ist der hohe Einsatz im sehr nassen Jahr 2017. Die Zahlen aus 2018 liegen allerdings deutlich unter dem Mittelwert der vergangenen 15 Jahre. Damit wird der generelle Abwärtstrend, der für Herbizide im Allgemeinen und Glyphosat im Speziellen seit 2011 zu beobachten ist, weiter bestätigt. Auch für das Jahr 2019 ist mit einem geringeren oder mindestens stagnierenden Einsatz von Herbiziden zu rechnen. (BMEL)

www.bvl.bund.de/psmstatistiken.de



„Ich finde die Öffentlichkeitsarbeit der Agrar Koordination wichtig, weil sie ein Bewusstsein für Agrarökologie schafft und Bäuerinnen und Bauern in Brasilien und vielen anderen Ländern in ihrem Kampf für gesunde Nahrung und Ernährungssouveränität unterstützt.“ *Prof. Antonio Andrioli*

Kritischer Agrarbericht 2020

Seit 1993 veröffentlicht das AgrarBündnis jährlich mit dem „Kritischen Agrarbericht“ eine Zusammenfassung der agrarpolitischen Debatte, wie sie sonst nirgendwo in dieser Breite behandelt wird. In 52 Beiträgen von 87 Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis sowie aus Verbänden und Politik werden die agrarpolitischen Geschehnisse im Jahr 2019 analysiert und die Weichenstellung für die Zukunft diskutiert. „Der kritische Agrarbericht“ bietet Informationen und Argumentationshilfen für alle agrarpolitisch interessierten Laien und Praktiker, Entscheidungsträger und Multiplikatoren. Auch dieses Jahr hat sich die Agrar Koordination als langjährige Mitgliedsorganisation mit einem Artikel beteiligt.

ISBN 978-3-9304136

www.agrarbuendnis.de

Positionspapier zur Digitalisierung in der Landwirtschaft

22 Zivilgesellschaftliche Organisationen haben ein gemeinsames Positionspapier für eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Digitalisierung der globalen Landwirtschaft verfasst. Das breite Bündnis fordert die Bundesregierung auf, die Digitalisierung so zu gestalten, dass weltweit Bäuerinnen und Bauern sowie andere Arbeitende in der Landwirtschaft davon profitieren und die globalen Umwelt- und Klimaziele erreicht werden können. Eine wichtige Frage ist außerdem, wer sich die neuen Instrumente überhaupt leisten kann und wer Zugang zum Internet und zu digitaler Infrastruktur hat. Zwar leben 93 Prozent der Weltbevölkerung in Reichweite von mobilen Breitbandnetzen, jedoch nutzen nur 53 Prozent das Internet. Auch Umweltaspekte sollten zwingend in die politische Regulierung einfließen. Die so genannte Präzisionslandwirtschaft führt nicht automatisch zur Energieeinsparung oder weniger Pestizideintrag. Die Digitalisierung wird zurzeit von der Industrie als das Allheilmittel verkauft. Das ist so einfach nicht.

Das Positionspapier findet sich auf unserer Internetseite. Außerdem gibt es ein Podcast dazu bei www.INKOTA.de.

Liebe Leserinnen und Leser,

Januar ist die Hochzeit für landwirtschaftliche Themen. In der Woche vor der „Grünen Woche“ in Berlin findet dort das Global Forum for Food and Agriculture statt. Dort treffen sich die Agrarminister*innen der Welt, aber vor allem gibt es Präsentationen zu einem Oberthema. Dieses Jahr hieß das Thema Handel. Dass die brasilianische Landwirtschaftsministerin das Eingangsstatement halten durfte, war ein durchaus deutliches Zeichen des Bundeslandwirtschaftsministerium, dass man das Freihandelsabkommen Mercosur auch dann will, wenn es zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch noch mehr Handel mit Agrargütern aus Brasilien kommt. Viel Kritisches kann man da nicht erwarten, aber: Jeder kann teilnehmen und mitdiskutieren. Man muss sich nur anmelden.

Wer Kritisches hören will, kann zur Alternativen Grünen Woche in der Heinrich Böll Stiftung gehen. Dort haben wir eine erfolgreiche Veranstaltung begleitend zu unserer neuen Ausstellung „Land und Wirtschaft Wer erntet?“ durchgeführt.

Am 19. Januar war dann die 10 (!) Wir-haben-es-satt Demo bei gutem Wetter und gewohnt guter Stimmung. Die konnte einem allerdings vergehen, wenn man sich die politischen Ergebnisse anschaut. Es bewegt sich nichts bis wenig. Positiv war allerdings, dass Versuche die verschiedenen bäuerlichen Zusammenschlüsse bei „Wir haben es satt“ und „Land schafft Verbindung“ gegeneinander auszuspielen nicht geklappt haben. Dank der vielen besonnenen Menschen auf beiden Seiten. Hoffen wir, dass das so bleibt. **Ihre Agrar Koordination**

IMPRESSUM

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 für die E-Mailausgabe und 16,80 für die Druckausgabe (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland. Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig).

Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Wittern, Nernstweg 32, 22765 Hamburg,

Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank, IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635

Druck: RESET ST. PAULI Druckerei, 100 % recycling Papier

Diese Publikation wird unterstützt von:

Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes



MISEREOR
IHR HILFSWERK